



Sitzungsvorlage

Fachbereich	Aktenzeichen	Vorlagen-Nr.	
FB II	111.22.170; 111.20.021; 111.22.050; 111.22.100	WTV 2/2016	
↓ Beratungsfolge	↓ TOP-Nr.	Öffentlich / nicht Öffentlich	↓ Sitzungstermin
Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Verkehr	5.	öffentlich	24.02.2016

Saisonverkehrsverbot: Neuregelung für LKW

Sachverhalt

Im Jahre 2011 wurde für die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung vom alljährlichen Saisonverkehrsverbot neben den bisherigen bedarfsorientierten Erteilungskriterien als weiteres Kriterium die Einhaltung bestimmter Grenzwerte für Schadstoffe eingeführt. Hiernach haben Fahrzeuge analog der Regelungen für Umweltzonen grundsätzlich die Norm für die Schadstoffgruppe 4 – grüne Plakette – einzuhalten.

Unter Berücksichtigung insbesondere technischer Unwägbarkeiten wurde damals für Lkw ein übergangsweiser Bestandsschutz für die Dauer von fünf Jahren beschlossen. Die vorgenannte Übergangsfrist ist nunmehr abgelaufen. Ab diesem Jahr wird es nur noch im Einzelfall eine Verlängerung des Bestandsschutzes für LKW (Fahrzeuge mit einem zulässigen Gesamtgewicht von mehr als 2,8 t bzw. als LKW in der Zulassungsbescheinigung klassifiziert), mobile Maschinen und Geräte, Arbeitsmaschinen sowie land- und forstwirtschaftliche Zugmaschinen, die nicht die Norm für die Schadstoffgruppe 4 (grüne Plakette) erreichen, geben, wenn grundsätzlich nachfolgende Voraussetzungen erfüllt werden:

- Seit dem Jahre 2010 wurde für ein solches Fahrzeug eine Ausnahmegenehmigung vom Saisonverkehrsverbot erteilt und der Halter hat nicht gewechselt.
- Die Nachrüstung ist technisch nicht möglich (Nachrüstung wird aktuell nicht angeboten) Die Bestätigung, dass eine Nachrüstung technisch nicht möglich ist, erfolgt durch eine Bescheinigung eines Prüfsachverständigen oder einer technischen Überwachungsorganisation. Sie gilt für ein Jahr.
- Dem Halter dieses Fahrzeuges stehen für den beantragten Fahrtzweck keine auf ihn zugelassenen alternativen Fahrzeuge zur Verfügung.
- Eine Ersatzbeschaffung ist wirtschaftlich nicht zumutbar. Es ist durch eine begründete Stellungnahme eines Steuerberaters oder eines Wirtschaftsprüfers zu belegen, dass die Ersatzbeschaffung eines für die Zufahrt geeigneten Fahrzeuges zu einer Existenzgefährdung führen würde.

Die genannten Vorgaben müssen kumulativ („und“) erfüllt sein.

Die Verlängerung des Bestandsschutzes gilt immer nur für ein Jahr. Aus einer Verlängerung kann kein Anspruch für die Folgejahre hergeleitet werden, denn stets erfolgt eine erneute Prüfung der nachzuweisenden Voraussetzungen. Wird dieses Kriterium nicht (mehr) erfüllt, wird die Genehmigung versagt. Mit dem Jahre 2020 endet auch diese Sonderregelung.

Sonderregelung für Fahrzeugparks:

Fahrzeughalter, bei denen sich nachweislich in einem Fuhrpark mindestens vier Lkw (leichte und schwere Nutzfahrzeuge) oder Omnibusse für den Wirtschaftsverkehr befinden, können Ausnahmen erhalten, sofern der Anteil der Fahrzeuge der Schadstoffgruppe 4 (grüne Plakette) am Fuhrpark in den Jahren 2016 und 2017 mindestens 80 %, in den Jahren 2018 und 2019 mindestens 90 % entspricht.

Finanzielle Auswirkungen

- ☒ Nein
☐ Ja, mit

Gesamtkosten der Maßnahmen
(Beschaffungs-Herstellungskosten)
Euro

- ☐ Jährliche Folgekosten/ lasten
☐ Einmalig
Euro

Beschlussvorschlag

./.

Norderney, 15.02.16

Der Bürgermeister

(Ulrichs)